

Sondernummer:

Beiträge zu den Ereignissen in der Ukraine, den Hintergründen und warum es keine "Solidarität" ist was nun durch den Westen getrommelt wird.

EU, USA, Russland: Hände weg von der Ukraine!



Selbstbestimmung statt ausländischer Kriegsinteressen

Mit dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine begann eine neue Phase militärischer Intervention im Land. Dem vorangegangen ist ein hohes Niveau an politischen und militärischen Provokationen von Seiten der USA und EU gegenüber Teilen der Bevölkerung der Ukraine und dem russischen imperialistischen Konkurrenten. Dieser Krieg ist ein Kampf ausländischer Großmächte auf dem Rücken des ukrainischen Volkes. Als Unterdrückte und Ausgebeutete stehen wir für die Völkerfreundschaft und gegen die Intervention von USA, EU und Russland.

Die aktuelle Lage in der Ukraine kann

nicht einseitig als „Aggression Russlands“ bezeichnet werden, sondern hat eine Vorgeschichte. Im sogenannten „Euromaidan“ 2014 unterstützten die USA und EU einen faschistischen Putsch, der dazu führte, dass prowestliche Kräfte in die Regierung gehievt wurden. Diese führten eine Liberalisierung der Wirtschaft zu Gunsten des „Westens“ durch und bereiteten sich darauf vor, die „Volksrepubliken“ im Donbass durch Krieg wieder in die Ukraine einzugliedern. Durch die Unterdrückung der russischen Bevölkerung in der Ukraine wurde versucht, das Volk gegeneinander aufzuhetzen. Faschistische und neonazistische Milizen (wie das Asov-Bataillon) wurden als Kampfverbände in die ukrainische Armee eingegliedert, also in jene Ar-

mee, die derzeit vom Westen bejubelt und als „Verteidiger der Ukraine“ gefeiert wird.

Die USA nutzte die Kriegshetze gegen Russland um den Druck auf die EU zu erhöhen und Projekte wie North Stream 2 zu verhindern. Sie versuchen damit die EU auch in der Energiefrage stärker an sich zu binden, mit dem Ziel in Europa großflächig das eigene Frackinggas zu verkaufen. Deutschland hat nun bereits ein Aussetzen der russisch-deutschen Gaspipeline angekündigt, jedoch nicht das Ende des Projekts bestätigt. Auch wenn North-Stream-2 wieder aufgenommen wird, werden die Gaspreise hoch bleiben. Die Arbeiter und Völker sollen zahlen. Die Herrschenden wis-



Neutralität mit Füßen getreten



Faschistische Gedenkkultur der ukrainischen Regierung



sen um die „Waffe“ der Energieproduktion und werden sie auch dementersprechend zu Gunsten ihrer Profite einzusetzen versuchen. Auch North-Stream-2 ist ein Projekt in diesem Sinne, selbst wenn es zeitweilig auf Eis liegt. Die Verfügbarkeit von russischem Gas würde nicht automatisch niedrigere Energiepreise bedeuten, da das Instrument der Preisgestaltung auch immer politischen Interessen folgt.

Die imperialistischen Staaten des „Westens“ hüllen sich nun in den Mantel der „Solidarität“ mit und die Verteidigung der Ukraine. Dabei geht es nicht um wirkliche Solidarität und Völkerfreundschaft, sondern um die Mobilisierung der eigenen Bevölkerungen im Sinne ihrer Kriegsinteressen. Die aktuelle Lage zeigt einerseits einen Kampf zwischen den Großmächten USA, EU und Russland, welcher alleine im latenten Krieg der seit 2014 in der Ostukraine geführt wird 14.000 Menschenleben gekostet hat. Haupt-



Faschisten des Asov-Bataillons, das Teil der ukrainischen Armee ist, die nun von USA und NATO bejubelt wird.

Bildquelle: Asov Bataillon, Twitter: AaronHaLevi

verantwortlich dafür ist die Aggression und Kriegshetze des Westens. Andererseits hat die Bevölkerung in der Ukraine eine faschistische Junta an der Macht, wird nun teilweise von russischen Truppen besetzt und hinter der Türe lauert die NATO. Ganz offensichtlich liegt es nicht im Interesse der Bevölkerung sich auf die eine oder andere Seite der ausländischen Intervention, oder der Regierung zu

schlagen, sondern für nationale Souveränität und Selbstbestimmung zu kämpfen und die Solidarität in der Bevölkerung zu stärken. In Österreich muss vor allem die Einmischung und Beteiligung Österreichs an der Kriegshetze der EU verurteilt, sowie die internationale Solidarität der Völker gegen die Kriegsinteressen verteidigt werden.

Neutralität mit Füßen getreten.

von Katharina J.

Nach der Entsendung russischer Truppen in die Ukraine dauerte es nicht einmal zwei Tage und die österreichische Politik erklärte fast einstimmig, dass die Neutralität Österreichs bei Seite geschoben werden müsse.

Nehammer erklärte, dass man bei „Völkerrechtsbrüchen nicht neutral“ sein könne und der Standard titelte: „Es gilt: Solidarität vor Neutralität“. Der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig ließ das Rathaus mit der ukrainischen Fahne beflaggen und erklärte: „Wir sind nicht neutral, wenn es um unsere Werte geht“. Die zahlreichen Begründungen der Herrschenden warum die Neutralität für diesen oder jenen Fall nicht

anwendbar sei, kennen wir schon von zahlreichen anderen Beispielen, wie die EU-Armee oder EU/SSZ. Dass nun unter dem Schlagwort der „Solidarität“ die Neutralität mit Füßen getreten wird, soll die österreichische Bevölkerung für die Kriegsinteressen von EU und USA empfänglich machen. Wo war diese angebliche Solidarität, als 2014 im Maidan Faschisten an die Regierung geputscht und demokratische, sowie gewerkschaftliche Organisationen und Rechte drangsaliert wurden? Wo war die „Solidarität“ als mit Unterstützung von USA und EU das Land an ausländische Monopolkonzerne verscherbelt und hunderte tausende Kleinbauern in den Ruin getrieben wurden? Diese „Solidarität“ soll die wirk-



liche Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung verhindern und die faschistische Junta in Kiew stützen.

Die Spitze dieser Kriegspropaganda bildete die Instrumentalisierung des öffentlichen Verkehrs. Die Wiener U-Bahnen und Straßenbahnen hielten gleichzeitig an, um für eine „Gedenkminute

in Solidarität“ mit der Ukraine innezuhalten. Dass öffentliche Institutionen und Staatsbetriebe für politische und militärische Ziele gebraucht werden, ist Teil einer neuen Militarisierung und damit Teil einer Kriegshetze die nur im Sinne der Herrschenden ist, doch nicht den Unterdrückten und Ausgebeuteten dient.

Der „Euromaidan“ in der Ukraine

von Dilara P.

Der sogenannte „Euromaidan“ war ein durch die USA und EU gestützter faschistischer Putsch, der darauf abzielte eine pro-westliche Regierung einzusetzen. Zwischen November 2013 und dem Frühjahr 2014 verjagten hauptsächlich faschistische Kräfte und Milizen den Präsidenten und machten Jagd auf demokratische und gewerkschaftliche Kräfte.

Das Ziel dieses Putsches war ein Assoziierungsabkommen mit der EU, um die Ukraine in den „Westen“ einzubinden, die Wirtschaft zu liberalisie-

ren und Investitionen aus dem Ausland zu erleichtern. Das blieb nicht unbeantwortet und vor allem im Osten des Landes formierte sich ein breiter Widerstand, der großteils von den Arbeitern getragen wurde. Dieser Widerstand mündete in der Ausrufung der unabhängigen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk.



Selbstgebaute Barrikaden in der Ostukraine 2014: die Bevölkerung wehrt sich gegen den faschistischen Putsch und die Westintegration. Ihr Symbol: die Rote Fahne.

Putin: Antikommunistischer Betrug.

von Paul W.

Kurz vor dem Vorstoß des russischen Militärs in den Osten der Ukraine sagte Vladimir Putin in einer Rede, dass die ukrainische Nation in ihrer heutigen Form ein „Konstrukt“ der Kommunisten, insbesondere Lenins, sei. Außenminister Lawrow wiederholte diese These am Abend des 25. Februar.

Die These, dass die ukrainische Nation in heutiger Form von Kommunisten „erfunden“ wurde, spricht laut Putin und Lawrow dafür, dass man die Geschichte „korrigieren“ müsse. Damit bestätigen sie, dass die Führung des russischen Imperialismus heute zwar gerne auf das Andenken der mächtigen und starken Sowjetunion, die dem Deutschen Reich das Genick brach und die Völker Europas von der Unterdrückung durch die Faschisten befrei-

te, zurückgreift. Doch außer einem „großen und starken“ Andenken, mit dem sie ihre eigene „Größe und Stärke“ untermauern wollen, liegt ihnen nichts an der Sowjetunion. Im Gegenteil, die Führung Russlands ist heute – ebenso wie die Führung Chinas – auf rabiat antikommunistischem Kurs. Putin und Lawrow ersetzen die Befreiung der Nationen durch das Großrussentum, durch einen russischen Chauvinismus und Nationalismus. Es ist unbestritten, dass in der Ukraine, im Osten, ein sehr hoher Anteil russischer Bevölkerung lebt, oft sogar eine Mehrheit. Diese wurde in der Ukraine der vergangenen Jahre tatsächlich unterdrückt. Ihre Sprache und ihre Kultur wurden verboten und beschnitten, es kam zu Massakern. Das passierte im Namen des ukrainischen Nationalismus, der historisch sehr aggressiv

und oft eng mit deutschen Kriegsplänen verbunden war. Nicht umsonst wird er heute von den USA, der EU, linksliberalen und neo-faschistischen Kräften massiv unterstützt. Doch deswegen wie Putin und Lawrow zu schlussfolgern, dass die ukrainische Nation ein „Konstrukt“ Lenins ist, mit dem dieser damals „ukrainischen Nationalisten entgegengekommen“ wäre, das aber in Wahrheit nur eine „Spaltung Russlands“ ist, stellt die Sache vollkommen auf den Kopf. Die verschiedenen Nationen der Sowjetunion bauten bis in die 1950er Jahre gemeinsam eine befreite Gesellschaft auf, sie erkämpften gemeinsame Siege gegen den Kapitalismus. Dass sie gemeinsam den Sozialismus aufbauten und den Kapitalismus zerschlugen, davon wollen Putin und Lawrow nichts wissen.

Das ist ein Punkt den manche fortschrittliche und demokratische Kräfte im Westen oft nicht verstehen. Sie sehen Russland als „positives“ Gegengewicht zur USA und EU. Die USA sind zweifellos der hauptsächlichste Brandstifter von Kriegen auf der ganzen Welt. Auch der aktuelle Krieg in der Ukraine findet seine Grundlage hauptsächlich in den Aggressionen und dem Militarismus der USA und EU. Das bedeutet aber nicht, dass der russische Imperialismus besser, oder vielleicht gar kein Imperialismus wäre. Für die Völker kann es schlussendlich keinen Fortschritt geben, wenn sie sich nicht von Fremdbestimmung und Kapitalismus frei machen. Die Ukraine ist heute ein mahnendes Beispiel dafür. Putin und Lawrow versuchen das, wie auch der Westen, mit antikommunistischen Nebelgranaten zu verschleiern.

ÜBER UNS

Wir brauchen andere Zeitungen! Die Presse und andere Medien sind heute vollkommen mit den kapitalistischen Monopolen und dem Staatsapparat verschmolzen. Wir können feststellen, dass die Unterdrückten und Ausgebeuteten keine eigene Presse haben, außer sie schaffen sich selbst Organe die in ihren Händen liegen, ihre Interessen wahrnehmen und zum Ausdruck bringen. Die „Rote Fahne“ ist eine revolutionäre demokratische Zeitung, die auf Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten steht und auch aus ihnen kommt. Mit unserer Tätigkeit wollen wir die aktive Teilnahme verschiedener Teile des Volkes an dieser Arbeit fördern und somit zu ihrer Organisation beitragen. Unsere gesamte Blattlinie findest du auf unserer Homepage.

Impressum: Medieninhaber (Verleger),
Herausgeber, Hersteller:
Kulturverein E.E. Kisch.
Anschrift: Gantze, Postfach 46, 4025
Linz. |Kontakt: E.Kisch@tutanota.com

Bild Seite 1: Anti-terrorist operation in
eastern Ukraine (War Ukraine) by
Ministry of Defense of Ukraine,
Wikimedia Commons CC BY-SA 2.0
Bild Seite 1 (klein): No NATO by Aleksa
Lukic, Wikimedia Commons CC0 1.0

Faschistische Gedenkkultur der ukrainischen Regierung

von **Andrea J.**

Genau jene Regierung mit der wir nach Meinung der Herrschenden nun Solidarität bekunden sollten, macht keinen Hehl um ihre Gedenkkultur um Nazi-Kollaborateure und andere Faschisten.

Der von der derzeitigen ukrainischen Regierung als Nationalheld gefeierte Stepan Bandera war Mitglied und späterer Anführer der 1929 gegründeten „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN). Diese sah ihre Vorbilder vor allem in Mussolini und Hitler und arbeitete mit den italienischen Faschisten, der kroatischen Ustascha und den deutschen Nationalsozialisten zusammen. Ziel war die Säuberung der Ukraine von Polen und Juden und der Kampf gegen die sozialistische Sowjetunion. Die OUN half den deutschen Besatzern bei der Ermordung von etwa 800.000 Juden. Auf eigene Initiative ermordeten OUN-Mitglieder rund 100.000 Polen und vertrieben weitere tausende aus der Westukraine. Stepan Bandera wurde auch im Euro-



Das Bild des Nazi-Kollaborateurs Bandera auf dem Maidan 2014.

Maidan als „Held“ gefeiert und sein Bild prangte nahe der großen Bühne auf dem Maidan. Im Zuge der „Westintegration“ der Ukraine seit 2014 wurden zahlreiche antifaschistische Denkmäler zerstört und unter anderem Denkmäler für Bandera errichtet. Im westukrainischen Lemberg ist Bandera Teil der „Popkultur“ mit seinem Konterfei auf Bierkrügen, Bildern und T-Shirts wird für die „Banderastadt“ geworben.

Die ukrainischen Regierungen seit 2014 hatten kein Blatt vor dem Mund, wenn es um diese „Werte“ oder „Traditionen“

geht. So wurde beispielsweise der Blogger Anatoli Schari, der schon vor dem Maidan nach Spanien fliehen musste, wegen „subversiver Tätigkeit“ vom ukrainischen Geheimdienst gesucht, weil er sich für das Recht auf Mehrsprachigkeit in der Ukraine einsetzte und gegen die Hetze gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung auftrat. Diese Gedenkkultur ist nun Teil der „Werte“, welche auch die Machthaber in Österreich als „unsere Werte“ bezeichnen. Die demokratische Öffentlichkeit wird sich davon nicht blenden lassen.

Bildquelle: Stepan Bandera torchlight procession 2014, Kyiv, by A1, Wikimedia Commons CC0 1.0

DIE ROTE FAHNE

Hol dir dein Abo!

35€/Jahr (Österreich)
bestellbar unter
rotefahne.at

Revolutionäre demokratische Zeitung | Seit 1918